

Inserate werden angenommen
in Bösen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Jul. A. Schlech, Hofsieberant, Dr. Gerber- u. Breiteit, Ede, Otto Lickisch, in Firma J. Lamm, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
F. Hachfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil, in Bösen.

Jl. 104

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, am Sonn- und festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, am Sonn- und festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabeketten der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Freitag, 10. Februar.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bösen bei unseren Agenturen, ferner bei den Ammonen-Expeditionen K. A. Rose, Haarleben & Vogler & Co. G. J. Daube & Co., Invalidenbad.

Berantwortlich für den Inseratenthalt:
J. Klugkist in Bösen.

1893

Inserate, die schriftgestaltete Reklame oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., auf bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erweiterung für die Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 9. Februar, 1½ Uhr.

Die zweite Berathung des Etats des Reichs amts des Innern wird bei dem Kapitel Gehalt des Staatssekretärs fortgesetzt.

Abg. Dr. Möller (natlib.) giebt zu, daß durch die Uebertragung der Dampfesselrevision die Zeit und Kraft der Fabrik-Inspektoren namentlich bei der plötzlichen Durchführung der Reform des Fabrikinspektorens in Preußen stark in Anspruch genommen worden seien, aber mit der Zeit sei ein Ausgleich zu erwarten. Gleich dem Abg. Hirsch ist der Redner für Einführung von Sprechstunden für die Inspektoren, damit sich die Arbeiter mit denselben besser in Verbindung setzen könnten. Daß der Kölnische Fabrik-Inspektor rechtsfigirt worden sei, findet Redner ganz in der Ordnung, denn derselbe habe nur im dortigen sozialdemokratischen Lokalblatt angezeigt, wann und wo er Beschwerden der Arbeiter entgegennehmen wolle und damit amtlich anerkannt, daß die sozialdemokratische Presse als Organ der Arbeiterschaft geltet. Wenn der Abgeordnete Hirsch einen regeren Rapport zwischen den Inspektoren und den Arbeitervereinen verlangt habe, so habe er übersehen, daß unsere Fachvereine zumeist sozialdemokratische Parteiorganisationen seien, die das angebliche Fachinteresse zur Förderung von Parteiinteressen benutzt. Solange die Fachvereine nicht gleich den britischen Trades Unions politisch neutral blieben, würden sie es zu nichts Rechtem bringen. Dringend müsse er davor warnen, das heikle Gebiet der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Es sei dies ein noch völlig unreifer Gegenstand, bei dem die Simulation noch schwerer ins Gewicht falle, als bei der Krankenversicherung. In Bezug auf die gewerbliche Sonntagsruhe möchte er den Wunsch und die dringende Warnung aussprechen, die Ausführungsbestimmungen nicht früher zu erlassen, als bis man sich von der Durchführbarkeit überzeugt habe. Die Annahme der Unfälle erkläre sich zumeist dadurch, daß jetzt gegen früher auch die kleinen Unfälle gemeldet werden mühten. Redner polemisiert des weiteren gegen die neulichen Ausführungen des Abg. Wurm und verschiedene Vorwürfe des „Vorwärts“ über die Haltung der Unternehmer gegen das neue Arbeiterschutzgesetz. Die Unternehmer setzten der Durchführung des letzteren keinen Widerstand entgegen.

Abg. Dr. Hartmann (konf.) wendet sich ebenfalls gegen die letzte Rede des Abg. Wurm, die vom Vereinigungsmittel und Feindseligkeit gegen die Unternehmer diktir gewesen sei. Obgleich in Deutschland die Arbeiter volle Freiheit und Gleichberechtigung genießen, und obgleich in keinem anderen Lande durch die Versicherungsgesetze so gut für die Arbeiter gesorgt worden ist wie in Deutschland, habe der Abg. Wurm doch keinen Anstand genommen, den heutigen Staat ein Buchhaus für die Arbeiter zu nennen. Da bei der viertägigen Debatte über den Zukunftstaat überzeugend nachgewiesen worden sei, daß im Bebel'schen Zukunftstaat es noch schlimmer sein werde, als ein Buchhaus, habe es der Abg. Wurm für angezeigt gehalten, seinerseits den heutigen Staat ein Buchhaus zu nennen. Das sei nichts als eine armselige „Retourkutsche“ (Vizepräsident Graf Wallerstrem bezichnet den Ausdruck „Retourkutsche“, angewandt auf ein Mittel des Hauses, für unparlamentarisch. Hinterwandt.) An der Hand der Instruktion für die Fabrikinspektoren führt sodann Redner aus, daß dieselben schon heute angewiesen seien, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen; ferner, daß es zu kostspielig sei, die sämtlichen Jahresberichte der Inspektoren in einem Bande zu veröffentlichen, und daß besonders die sächsischen Fabrikinspektoren in jeder Beziehung sich bewährt hätten, jowile das in Sachen die Verbindung der Dampfesselrevision mit der Fabrikinspektion sich bewährt habe. Nach den bei der kaufmännischen Sonntagsruhe gemachten Erfahrungen empfiehlt sich bei Erlass der Ausführungsbestimmungen über die gewerbliche Sonntagsruhe größte Vorsicht.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) greift zunächst auf die letzten Zukunftstaatsdebatten zurück, wird aber vom Vizepräsidenten Dr. Baumhauß gebeten, bei den Fabrikinspektoren zu bleiben. Der Abg. Hirsch habe neulich gegen die Unternehmer gehezt und dadurch den Sozialdemokraten Vorschub geleistet. Was nützt alle „Verachtung“ der Sozialdemokratie, wenn freisinnige Redner durch Angriffe auf die Unternehmer der Sozialdemokratie unter die Arme griffen? (Abg. Bebel: sehr richtig.) Da hätten wir uns die ganze Zukunftstaatsdebatte schenken können (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Strafen mühten in den Fabrikordnungen unbedingt vorgesehen werden im Interesse der Disziplin und zum Schutz der guten Arbeiter gegen die schlechten und faulen. Die von Hirsch gewünschte enge Verbindung zwischen Arbeiterorganisationen und Inspektoren wäre verderbt, weil diese Organisationen meist sozialdemokratisch sind. Das gilt auch vom bergmännischen Rechtsschutzverein im Saarrevier. Niemand werde den Verkehr zwischen Arbeitern und Inspektoren hindern wollen, aber es sei doch bezeichnend, daß verschiedene Inspektoren das Fehlen jeglicher Beziehungen zu den Arbeitern konstatieren mühten. Die Arbeiter hielten sich von den Inspektoren fern in Folge der sozialdemokratischen Verhetzung. Ein großer Theil der Unfälle falle auf die Dampfessel; eine sorgfältige Kontrolle derselben im Interesse der Sicherheit der Arbeiter sei also eine Hauptaufgabe der Fabrikinspektoren. Die Fabrikinspektorenberichte legten dar, daß die Unternehmer die ihnen gezielt auferlegten Pflichten gegen die Arbeiter zu erfüllen bestrebt seien, daß dagegen die Arbeiter wenig Verständnis bewiesen und den Verhetzungen der Agitatoren folgten. Insofern seien die Berichte eine Anklageschrift nicht gegen die heutige Gesellschaft, sondern gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Hirsch (dfr.) vertheidigt sich eingehend gegen den Vorwurf des Vorredners, die Arbeiter gegen die Unternehmer aufgehetzt zu haben. Seit Jahren vertrete er den Standpunkt des sozialen Friedens.

Staatssekretär v. Bötticher kommt nochmals auf die gewerbliche Sonntagsruhe zurück. Die Entrümpfung der Ausführungsbestimmungen beabsichtige er nicht sofort der Verabschiedung des Bundesrates zu unterbreiten, sondern erst noch durch Sachverständige, zu denen auch Arbeiter zugezogen werden sollten, prüfen zu lassen. Er halte dies für nothwendig, weil die Ausführungsbestimmungen über die kaufmännische Sonntagsruhe lebhafte Anfechtung gefunden, und weil er etwas Praktisches und Brauchbares liefern wolle. Mit Unrecht habe der Abg. Wurm neulich die Berichte der Fabrikinspektoren eine Anklageschrift gegen das deutsche Unternehmertum genannt. Diese Berichte zeigten doch, wie die Unternehmer über den Kreis ihrer Pflicht hinaus durch Wohlfahrtsinrichtungen für die Arbeiter sorgten. Die Berichte seien im Gegenteil ein schönes Zeugnis für das fortgesetzte Wohlwollen, das die Unternehmer den Arbeitern entgegenbrachten. (Zustimmung.) Die in den Berichten konstatierten Missbräuche der Unternehmergalte möhtig auch er, aber mit den Reden, wie sie neulich Herr Wurm gehalten, befreie man nichts. Die Sozialdemokraten möchten die positive Sozialreform unterstützen; damit würden sie den Arbeitern mehr nützen als durch alle Reden. (Beifall.)

Abg. Wurm (Soz.) wahrt seiner Partei das Recht, alle zu ihrer Kenntnis kommenden Arbeiterübelstände hier zur Sprache zu bringen. Dazu seien sie gewählt. Redner polemisiert besonders gegen die Ausführungen der Abg. Möller und Frhrn. v. Stumm und führt aus, daß seine Partei eine Hebung des Fabrikinspektorens dadurch wünsche, daß den Inspektoren das Recht gewährt werde, selbständige Anordnungen zu treffen und Uebertretungen gesetzlich zu verfolgen.

Abg. Möller-Dortmund wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und beschuldigt die Sozialdemokratie, den Vergaberstreit im Saar- und Ruhrrevier angezettelt zu haben. Der englische Sozialistführer John Burns habe ihm übrigens bei

seiner Anwesenheit in England erklärt, daß er die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie nicht billige.

Abg. Bebel erklärt, daß er bei seiner letzten Anwesenheit in London von John Burns die Erklärung erhalten habe, daß Herr Möller ihn missverstanden. Burns habe nur erklärt, daß die Tatkraft der Arbeiter in den verschiedenen Ländern verschieden sei und sich nach der Gestaltung der Verhältnisse richten müsse. Der Vergaberstreit habe die Sozialdemokratie nicht angezettelt; sie würde, wenn man sie gefragt hätte, abgeraten haben. Daztzt für die Opfer des Streits vom „Vorwärts“ gesammelt werde, sei nur ein Ausdruck der Solidarität unter den Arbeitern.

Nach einigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Abg. Frhrn. v. Stumm, Möller, Dr. Hartmann und Wurm, bei welchen es sich um Aufklärung von Meinungsverschiedenheiten handelt, erklärt Staatssekretär v. Bötticher auf eine Anregung des Abg. Samhammer (dfr.), daß eine Revision des Gesetzes zum Schutz der Photographie von 1876 in Vorbereitung sei.

Hierauf verlädt sich das Haus bis morgen 1 Uhr (Etat).

Schluz 1/6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Graf Limburg-Stirum (konf.).

Am 17. Januar d. J. hat der Vorsitzende der Strafsammer 1 beim Landgericht I Berlin gegen ein Mitglied des Abgeordnetenhauses in einem gegen dasselbe wegen Preßvergehens schwedenden Strafverfahren einen Vorführungsbefehl zu dem am 10. Februar anberaumten Termin erlassen. Hält die Regierung ein solches Vorgehen mit den Bestimmungen des Art. 84 der preußischen Verfassung für vereinbar?

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.): Es handelt sich nicht um die Erörterung eines schwedenden Verfahrens, sondern um die Erörterung der Frage, ob nach Art. 84 der Verfassung die zwangsweise Vorführung eines Abgeordneten zu einem schwedenden Strafverfahren während der Session zulässig sei. Der Termin stand ursprünglich auf den 11. November an, ist aber auf den 10. Februar verschieben worden, weil zwei Tage vorher das Abgeordnetenhaus eröffnet worden war. Es ist dem Abgeordneten freigestellt worden, einen Beschluß des Hauses wegen Sitzung des Strafverfahrens herbeizuführen. Das ist nicht geschehen, und so wurde später die zwangsweise Vorführung beobachtet. Es muß klargestellt werden, ob ein Haftbefehl in einem solchen Vorführungsbefehl liegt. Meine politischen Freunde halten ein derartiges Verfahren mit der Verfassung nicht vereinbar, da es die Entziehung der Freiheit und die Verhinderung an der Ausübung des Mandats bedeutet. Ja, es kann danach sogar vorkommen, daß ein Beamter des Abgeordneten aus diesem Hause abholt. Das ist nun allerdings nicht tragisch zu nehmen, aber jedenfalls muß die Sache klargestellt werden.

Justizminister v. Schelling: Es handelt sich um ein Strafverfahren, welches bereits eingeleitet war, als der Landtag zusammenkam. In Bezug auf ein solches Strafverfahren enthält der Art. 84 der Verfassungsurkunde die Bestimmung, daß das Verfahren gegen ein jedes Mitglied des Hauses aufgehoben werden kann für die Dauer der Session durch einen Beschluß des Hauses. Daraus folgt ohne Weiteres, daß bis zu einer solchen Beschlussnahme das betreffende Verfahren seinen Fortgang nimmt. Das Landgericht mußte daher, ungeachtet der Berufung des Frhrn. v. Hammerstein auf sein Abgeordnetenmandat, in dem Verfahren weiter schreiten. Denn wenn die bloße Berufung auf die Eigenschaft als Abgeordneter die Wirkung hätte, das Verfahren zu hemmen, dann würde ja das dem Hause eingeräumte Recht ein-

Berliner Brief.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Berlin, 9. Februar.

Zwar hat der Ernst der Zeiten sich auch hier fühlbar gemacht, aber wenn auch gestern Abend auf dem Subskriptionsball gegen vierhundert Besucher weniger erschienen waren als im Vorjahr, so waren es doch noch immer gegen dreitausend Ballgäste, die sich zu diesem schönsten Berliner Fest eingefunden hatten. Aber nicht nur auf die Gesellschaft Berlins übt dieser Glanzpunkt der Ballaison immer wieder Anziehung aus. Sehr zahlreich waren Gäste aus aller Herren Länder erschienen, denn ein Berliner Subskriptionsball ist eben etwas ganz Eigenartiges. Es ist ein ganz entzückender Anblick, das weite, von einem Lichtmeer wie vom Sonnenchein durchflutete prächtige Opernhaus erfüllt zu sehen von einer Menge festlich geschmückter und festlich gestimmter Gäste. Das große Parkett ist erhöht bis zur Höhe der sehr tiefen Bühne und so ein grandioser Festsaal geschaffen worden. Der erste und zweite Rang ist den Ballgästen eröffnet, der dritte ist von einem gleichfalls in Ballkleid erschienenen Zuschauerpultsum besetzt. Von der großen Königsloge führt eine Freitreppe in den Saal, in den noch etwa sechs andere Eingänge führen. Schon vor 8 Uhr Abends strömen von allen Seiten die Gäste in den Saal. Noch kann man leidlich unbehindert promeniren, an den beiden Springbrunnen Kühlung suchen und kühne Operationspläne entwerfen, von welchem Standpunkt aus man wohl den Umzug des Hoses am besten sehen wird. Immer

farbenprächtiger wird das Bild, das sich allmählig entwickelt. Die Geburts- und Geistesaristokratie hat ihre interessantesten Vertreter, ihre schönsten Frauen und Mädchen entsandt, etwas zurückhaltend scheint diesmal die Geldaristokratie gewesen zu sein. Der Frack mit und ohne Ordensschmuck ist in etwa gleicher Stärke wie die Uniform vertreten, die ausländische Diplomatie erscheint in ihren Kostümen besonders interessant. Da ist der Fez des Türkens, die Bärenmütze des Russen, der zur Feier des Tages heute neben dem langen Zopfe aus der flachen Mütze hervorquellende Rosshaar-Buschel des Gesandten Chinas. Intelligent blicken in ihrem schlanken europäischen Frack drei japanische Attachés in das Balltreiben, das sich immer feinfleider gestaltet, wenn man auch bereits jeden Schritt vorwärts mühsam erkämpfen muß. Besonders zur Linken des Saales vor den großen königlichen Profzimmerslogen, gegenüber den Logen der Diplomatie, steht Alles gedrängt Kopf an Kopf. Kurz nach 9 Uhr ist der Hof dort erschienen. Der Kaiser, in rother Husaren-Uniform, sichtlich in bester Stimmung und von männlich blühendem Aussehen, die Kaiserin in einer lachsorange farbenen Sammetrobe mit Zobelbesatz, eine Riviére von Brillanten und Smaragden um den Hals, ein Diadem von blitzenden Steinen im Haar. Neben ihr in einer blaugrauen Silberbrokatrobe die Prinzessin Friedrich Karl, dann die Erbprinzessin von Baden und die Prinzessin Friedrich Leopold. In der kleineren Loge daneben die Erbprinzessin Charlotte von Meiningen in gelber Brokatrobe mit grünen Sammetärmeln und die Prinzessin Albert von Nassau. Mehr im Hintergrunde der Logen bleiben in zwanglosem Geplauder die übrigen fürstlichen Gäste.

Den Höhepunkt des Festes bildete auch diesmal wieder der Rundgang des Hoses. Kurz vor halb 10 Uhr erhob sich der Kaiser und schritt mit der Kaiserin, geleitet durch den General-Intendanten Grafen Hochberg, gefolgt von den fürlischen Gästen längs des ersten Rangs zu der Mittelloge und von dort, während das Orchester und der weibliche Opernchor eine Rückensche Polonaise anstimmt, die Freitreppe hinunter in den Saal. Und dort in der dichtgedrängten Menge bildete sich plötzlich ein schmaler Gang, breit genug gerade für ein Paar. Vielmehr durchquerte der Kaiser mit seinem hohen Gefolge den Saal, jedesmal bildete sich eine schmale Gasse, die sich sofort wieder schloß, wenn der Zug vorüber war. Dann begannen einige wagemuthige Offiziere inmitten der noch immer den Saal dicht füllenden Menge sich Tanzterrain zu erobern. Einige Gäste wanderten zum Speiseaal, andere zur Konditorei, die ganz kundigen Thebaner zu der weit hinter der Bühne versteckt liegenden Bierquelle. So gewannen die Tänzer an Terrain, bald wurde an fünf, sechs bescheidenen Plätzchen getanzt — freilich kamen da noch immer auf jeden Tänzer wohl hundert Zuschauer. Doch die tanzende Jugend nimmt auch mit dem kleinsten Plätzchen stolz, wenn sie auf dem glänzenden Parkett des Opernhauses, nach den Klängen des Opern-Orchesters tanzen darf. So etwa gegen halb 11 Uhr war alle Welt so sehr mit dem Feste beschäftigt, mit Tanzen, mit Bewundern und Plaudern, mit Sekt und Austern, daß nur ein paar Hundert es noch bemerkten, wie der Kaiser, geleitet vom Grafen Hochberg, dessen Stock aufklappend sofort Platz schafft, sich mitten durch die Menge zu den Logen der Diplomatie begab und dort in angeregtem Gespräch mit den Botschaftern

leeres sein. In diesem Vorwärtschreiten war das Gericht nur an eine Schranke gefügt. Es durfte nicht zu einer Verhaftung schreiten, ohne dazu die vorgängige Genehmigung des Hauses erhalten zu haben. Über die Frage, ob die Vorführung im Sinne der Strafprozeßordnung unter den Begriff der Verhaftung im Sinne der Verfassungsurkunde fällt, hatte das Landgericht zu entscheiden, da es sich um eine Auslegungsfrage handelt. Wenn das Haus mit der verneinenden Entscheidung des Landgerichts nicht einverstanden ist, so ist es befugt, heute der Jurisdiktion für die Dauer der Session ein Ziel zu setzen. Die Staatsregierung ist ihrerseits nicht in der Lage, das gerichtliche Verfahren einzuhalten. Sie muß den Vorführungsbefehl als einen Akt der richterlichen Gewalt ansehen, der vielleicht einer Anfechtung unterliegen kann im Wesen des Rechtsmittels, an dem aber die Staatsregierung weder etwas ändern, noch Kritik üben kann. Unter diesen Umständen würde es eine lediglich theoretische Bedeutung haben, wenn von diesem Thile aus eine Meinungäußerung über diese Frage erfolgte. Daher muß ich es ablehnen, namens der Staatsregierung Stellung zu dieser Streitfrage zu nehmen, um so mehr, als die vom Vorredner beabsichtigte Klärstellung in der Sache selbst liegt. Gegen den Vorführungsbefehl des Landgerichts hatte der Staatsanwalt das Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß das Richterscheine zu dem ersten Termin kein Grund zur sofortigen Vorführung sei, da der Angeklagte vielmehr mit Rücksicht auf die Eröffnung des Landtages als entschuldigt zu erachten sei. Nachdem er mit dieser Ansicht nicht durchgedrungen ist, hat er den Weg der Beschwerde beim Kammergericht erhoben. Nach einer mir zugegangenen Mittheilung ist die Beschwerde als unzulässig zurückgewiesen auf Grund der Bestimmung der Strafprozeßordnung, daß Entscheidungen der erkennenden Richter, welche der Urtheilsfällung vorausgehen, der Beschwerde nicht unterlegen, ausgenommen in Verhaftungsfällen. Das Kammergericht hat in seinem Beschuße ausgeführt, daß diese Ausnahme nicht zutrete, da es sich nicht um eine Verhaftung, sondern um eine Vorführung handle. (Herrlichkeit).

Da eine Besprechung von keiner Seite beantragt wird, ist die Interpellation erledigt.

Die Mandate der Abgeordneten Günther (nl.), Korsch (konf.), Krahl (Rp.), v. Balan (konf.) werden entsprechend dem Antrage der Geschäftsordnungskommission für nicht erloschen erklärt.

Der Nachweis über die Verwendung des in dem Eisenbahngesetz 1891/92 vorgeesehenen Dispositionsfonds von 2500000 Mk. und die Mittteilung, betreffend die Ausführung der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze, werden durch Kenntnahme für erledigt erklärt.

Die Petitionen der Gemeindevorstände von Bardowick, Witterf und Handorf, Regierungsbezirk Lüneburg, um Errichtung einer Apotheke in Bardowick und der Lehrerwittwe Kandziora in Schlejewo um Bewilligung von Unterstützung aus Staatsmitteln werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Durch Übergang zur Tagesordnung werden erledigt: die Petitionen der Scharfrichterei und Abdeckereibesitzer Diener und Genossen in Angermünde u. a. O. um Abholzung und Regelung des Abdeckerizwanzes, des Magistrats in Arneburg um Einrichtung eines Gerichtstages dafelbst, des Kanzlei-Inspectors Podzikus in Insterburg um Bewilligung einer Gehaltszulage.

Bezüglich der Petition der Einwohner Peter Börsch und Genossen in Oberaul, betr. die Schulpflichtsdauer der Kinder der Volkschule aus der ländlichen Bevölkerung der Rhenenprovinz, beantragt die Unterrichtskommission Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Frhr. v. Voë (Btr.) schlägt vor, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Wunsch der Petenten, daß die Schulpflicht auf das 13. Lebensjahr herabgesetzt werde, sei begründet. Durch eine solche Herabsetzung werde ein Achtel der Gemeindechullässt gestattet. (Vorfall im Zentrum.)

Abg. Dauzenberg (Btr.) unterstützt diesen Antrag und meint, die Kreisschulinspektoren seien Schulfanatiker, und wenn der Schulzwang weiter so wie bisher ausgeübt werde, werde er zur grausamen Tyrannen. (Vorfall im Zentrum.)

Abg. v. Hölichen (konf.) meint, daß 14. Lebensjahr müsse als Grenze der Schulpflicht festgehalten werden, und vertritt deshalb den Antrag der Kommission.

Abg. Senffardi (Magdeburg; nl.) unterstützt gleichfalls den Kommissionsantrag. Die Neuerungen des Zentrums erinnerten an die schlimmsten Zeiten des Kulturmärktes. Man müsse stolz auf die Einführung des Schulzwangs sein. Die geordnete Schulaufführung liege mit Recht in den Händen der weltlichen Kreisschulinspektoren. (Vorfall links.)

Die Petition des Direktoriums des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen in Halle, betreffend den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Russland,

beantragt die Petitionskommission, der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Bovelinus (fl.) begründet einen inzwischen eingelaufenen Antrag Arendt, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, daß sie dahin wirke, daß bei den bestehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Russland die Interessen der Landwirtschaft und Industrie besser gewahrt werden, als bei den Handelsverträgen mit Österreich, der Schweiz und Aegypten.

Abg. Rickert (dfr.): Ehe wir überhaupt in eine handelspolitische Debatte eintreten, ist es notwendig, daß uns ein schriftlicher Bericht vorgelegt wird. Die Sache gehört überhaupt in den Reichstag. Aus diesem Grunde hatte ursprünglich auch Abg. Jürgens beantragt, die Petitionsals ungeeignet für eine Verhandlung im Plenum zu erklären. Da man schließlich die Sache los sein wollte (Widerpruch rechts), hat man die Petition als Material überwiesen. Wir haben hier gar kein Recht, auf die Frage der Handelsverträge materiell einzugehen. Ich beantrage prinzipieller, die Petition zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen, in zweiter Linie Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Lieber (Btr., zur Geschäftsordnung) unterstützt den Antrag, die ganze Angelegenheit zur schriftlichen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Graf Limburg Stirum (konf.) wider spricht diesem Vorschlag, der in der Sache dem Antrag auf Tagesordnung gleichkomme und nur von denjenigen gestellt sei, denen diese durchaus nothwendige Besprechung unbedingt sei.

Abg. Hobrecht (ndl.) hält die Zurückverweisung gleichfalls für geboten, da eine so wichtige Besprechung vorbereitet sein muß und für dieselbe die Anwesenheit des Ministers nothwendig sei.

Abg. v. Schalscha (Btr.) spricht für sofortige Berathung der Petition.

Abg. Dr. Lieber kommt dem Vorredner so weit entgegen, daß er die Angelegenheit zur schleunigen Berichterstattung an die Kommission zurückzuverweisen will.

Abg. Dr. Meyer (Berlin; dfr.): Durch den Antrag Arendt ist ein ganz neues Element in die Debatte gefommen. In einer materielle Besprechung kann nicht in Abwesenheit des Ministers eingetragen werden. Es liegt das im ehesten Interesse der Petenten.

Abg. Dr. Arendt (fl.): Da die Vertragssverhandlungen begonnen haben, müssen wir schon jetzt in die Debatte eintreten, wenn die Besprechung überhaupt von Nutzen sein soll.

Abg. Lehmann (Btr.) meint, wenn die Sache an die Kommission verwiesen werde, könne der Bericht erst in acht Tagen fertig gestellt sein.

Abg. Dr. Lieber (Btr.) weist darauf hin, daß der Antrag Arendt eine Kritik des Verhaltens der Regierung enthalte und weit über den Rahmen der Petition hinausgehe.

Abg. Rickert (dfr.) meint, man könne wenigstens Drucklegung des Antrags Arendt und des Wortlauts der Petition verlangen. Die Abstimmung über den Antrag Lieber findet durch Ausschaltung statt. Für den Antrag stimmten 115, dagegen 122 Abgeordnete. Der Antrag ist demnach abgelehnt.

Abg. Dr. Friedberg (nl.; zur Geschäftsordnung): Nachdem unter diesen eigenthümlichen Umständen der Antrag Lieber abgelehnt ist, beantrage ich auf Grund des § 60 der Verfassung, daß das Haus die Anwesenheit der Minister verlangt, und daß wir die Verhandlungen bis zur Anwesenheit der Minister unterbrechen.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich bin nicht gekommen, um mich an der Debatte zu beteiligen. Ich bin außer Stande, namens der Staatsregierung irgend eine Erklärung abzugeben.

Da ich jedoch anwesend bin, möchte ich meine persönliche Meinung dahin aussprechen, daß, wenn es im allgemeinen schon bedenklich ist, wenn Partikularlandesvertretungen in dieser Weise in Reichsangelegenheiten eingreifen, es doppelt gefährlich ist, wenn das geschieht bei schwierigen Verhandlungen mit fremden Staaten.

Was nun den Antrag Arendt betrifft, so bedeutet der nichts mehr und nichts weniger als ein Tadelsvotum gegen die preußische Regierung, gegen die Staatsregierung und gegen den Reichstag.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (konf.): Eine nachträgliche Einwirkung bei Handelsverträgen hat für uns gar keinen Wert.

Der Antrag Rickert auf Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung wird abgelehnt.

Abg. Rickert (dfr., zur Geschäftsordnung): Ich kann nur an Ihr Gesühl appellieren, daß wir es nicht für zulässig halten, an der Regierung eine Kritik zu üben, ohne daß jemand von der Regierung anwesend ist. Ich bitte um Annahme des Antrags Friedberg.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag Friedberg. (Große Unruhe rechts, Zustimmung links.)

Die Abstimmung ergab, daß auch die Konservativen und Freisinnern zum Theil für den Antrag stimmten, 197 für, 68 Stimmen gegen den Antrag.

Präsident v. Kölle wird die beteiligten Ressortminister benachrichtigen, daß das Haus ihre Anwesenheit verlangt.

Die Petition des Baumschulbesitzers Müller und Genossen in Ziegel, wegen eines Güterbahnhofes dafelbst, und des Lehrers Schom-

mers in Beckingen, wegen Nachzahlung von Gehaltsbeträgen werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr (Kultus et al.).

Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

■ Berlin, 9. Febr. [Ein Fehlschlag der Konservativen.] Wunderbare Dinge sind heute im Abgeordnetenhaus passirt. Die Agrarier haben sich mit der Fähigkeit, die wirklich an bessere Aufgaben verwendet werden könnte, in ihren Grimm gegen einen russischen Handelsvertrag so verbissen, daß sie die Gelegenheiten zum Demonstrieren förmlich an den Haaren herbeiziehen. Das Abgeordnetenhaus hatte heute über Petitionen zu berathen, was im Allgemeinen nicht sehr aufregend zu wirken pflegt. Unter diesen Petitionen war eine des landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, die sich gegen einen russischen Handelsvertrag erkläre.

Die Petitionskommission hatte vorgeschlagen, diese Eingabe der Regierung „als Material“ zu überweisen. Unvermutet erhob sich der Abg. Arendt und beantragte, die Petition möge „zur Berücksichtigung“ überwiesen werden. Der Unterschied ist groß, und die Annahme dieses Antrages würde eine entschiedene Erklärung des Abgeordnetenhauses gegen den Handelsvertrag mit Russland bedeuten haben.

In den Etatsdebatten der vorigen Woche, wo sich die Agrarier so schwere Schläge von Herrn v. Heyden holten, war es zu wirklichen Beschlüssen über diese Bollfrage natürlich nicht gekommen. Hätten die Konservativen heute einen solchen Beschluß durchsetzen können, so würden sie triumphirend damit auf allen Märkten des politischen Lebens herumgezogen sein.

Die Gefahr, daß es ihnen gelingen könnte, war nicht klein; denn, offenbar verabredetermaßen, hatten sie sich überaus zahlreich eingefunden. Der Abg. Rickert, der die Gefahr erkannte, wollte einer Ueberrumpfung vorbeugen und beantragte deshalb, die Petition an die Kommission zurückzuverweisen, damit diese schriftlichen Bericht erstatte. Der Antrag wäre bei voller Besetzung des Hauses angenommen worden. So aber, da die Rechte sich plamäßig terrainirt hatte, kam, nicht ohne Erregung des Hauses, eine Mehrheit von 122 gegen 115 Stimmen zu Gunsten der sofortigen Weiterberathung zu Stande, obwohl außer den Konservativen alle anderen Parteien geschlossen für den Antrag Rickert stimmten. Es schien unmöglich, einen Beschluß gegen den russischen Handelsvertrag noch fern zu halten, da die ziffermäßig festgestellte konservative Mehrheit gegen den Antrag Rickert auch den Antrag Arendt, die Petition „zur Berücksichtigung“ zu überweisen, schlankweg angenommen haben würde. Aber ein Aushilfsmittel bot sich doch, und dem Abg. Friedberg gehörte das Verdienst, es gefunden zu haben. Die preußische Verfassungsurkunde gibt dem Abgeordnetenhaus das Recht, die Anwesenheit der Minister bei seinen Berathungen zu fordern. Artikel 60 der Verfassung, der dies werthvolle Recht ausspricht, ist seit der Konfliktszeit nicht angerufen worden, und man kann sich die Verblüffung auf den konservativen Bänken vorstellen, als der Abgeordnete Friedberg unter heiteren Bravos der Linken auf Grund des Artikels 60 die Anwesenheit der zuständigen Ressortminister verlangte. Aber ein Aushilfsmittel bot sich doch, und dem Abg. Friedberg gehörte das Verdienst, es gefunden zu haben. Die preußische Verfassungsurkunde gibt dem Abgeordnetenhaus das Recht, die Anwesenheit der Minister bei seinen Berathungen zu fordern. Artikel 60 der Verfassung, der dies werthvolle Recht ausspricht, ist seit der Konfliktszeit nicht angerufen worden, und man kann sich die Verblüffung auf den konservativen Bänken vorstellen, als der Abgeordnete Friedberg unter heiteren Bravos der Linken auf Grund des Artikels 60 die Anwesenheit der zuständigen Ressortminister verlangte. Zwar der Finanzminister war, nichts ahnend, inzwischen erschienen, von großer Heiterkeit begrüßt, die er sich nicht erklären konnte, bis er, über die Situation aufgeklärt, ein wenig mitlächelte, um sich dann freilich sehr ernst und nachdrücklich gegen die konservative Ueberrumpfungstatistik zu wenden. Herr v. Minnigerode erwiderte mürrisch (denn die Niederlage steckte ihm schon in den Knochen), Tadelsvotum hin, Tadelsvotum her; wenn die Sache erst an den Reichstag gelangt sei, habe es für die Konservativen gar keinen Werth, noch dreizurend. War Herr Miquel da, so war er indessen doch nicht ausreichend vorbereitet, und vor Allem fehlte der Landwirtschaftsminister. Die formellen wie die materiellen Gründe, den Antrag Friedberg anzunehmen, erwiesen sich somit als derartig zwingend, daß auch die Konservativen

und deren Damen wohl eine halbe Stunde verweilte. Gegen 11 Uhr verließ der Kaiser und der Hof das Haus, dessen festlich prunkende Räume noch bis gegen 2 Uhr Nachts ein Bild zwanglos seiner Gesellschaft boten.

* * *

In Ludwig Fulda's dramatischen Märchen „Der Talisman“, das das „Deutsche Theater“ gebracht hat, haben wir nicht nur die bedeutendste Dichtung dieser Saison, sondern überhaupt eine der poetisch werthvollsten und schönsten Dichtergaben der letzten Jahre erhalten. Aus diesen schönen, mit Grazie und Gewandtheit gehandhabten Versen spricht echte Poesie; eine am Grillparzers Gestaltungskraft und Innerlichkeit gemähnende Märchenbildung ist es, nur daß bei Fulda jugendliche Lebensfreudigkeit herrscht und die dramatische Kraft bis zur Schlusszene anhält.

Der Dichter führt uns an den Hof des Eysenköngs Astols, einer vornehm starke Herrscheratur, der die Schmeichelei seiner Umgebung als den natürlichen Tribut seiner Größe betrachtet, der an den Strahlenglanz glaubt, der die Hochgesellschaft wie eine Gloriole um sein Haupt leuchten zu sehen vorgiebt. Und da sein treuester Feldherr zu starknäsig ist zur Lüge, so ward er verbrannt. In der Fremde ist er gestorben und unerkannt fehlt sein Sohn Omar in die Heimat zurück. Er sieht wie des Herrschers Cäsarenwahn alles zerstört, auch die treuesten Freunde, wenn sie zum Widerspruch den Muth haben — und er beschließt, den König und sein Land zu retten. Omar erzählt dem König, er besitze einen Talisman und könne ein Kleid weben, das so beschaffen sei, daß die Dummen und die Schlechten es nicht sehen könnten. Fulda greift also auf das bekannte Märchen

von des Königs neuen Kleidern zurück, aber er weiß es so ausgestalten, daß die Dichtung sich vielfach zu den packendsten dramatischen Momenten erhebt, er weiß es zu vertiefen zu der Tragödie von dem Mächtigen, der einsam auf stolzer Höhe nicht mehr scheiden kann zwischen Schmeichelei und ehrlicher Treue, der in den Wahn seiner Gottähnlichkeit sich immer weiter verrennt, bis plötzlich ein Ereigniß ihm seines Nichts durchbohrendes Gefühl weckt.

Von all den Großen des Hofs will Niemand als schlecht oder dumm gelten. Alle sehen das nicht vorhandene Kleid und rühmen dem König den schönen Schnitt, die leuchtende Farbe. Und der König? Er sieht es nicht — soll er an einen Betrug Omars glauben? Dann wären all die Großen seines Hofs Dummköpfe oder Böswichter und er selbst dann der größte Tropf, denn er hat sie berufen und stets gewöhnt, sein Königsauge finde die rechten Leute . . . Und dumm dürfe er, der für ein ganzes Volk zu denken habe, doch nicht sein. Nein, Omar könne kein Betrüger sein, das Kleid müsse vorhanden sein, und wenn er es nicht sehe, so sei er eben schlecht. Lieber schlecht als dumm! Und schlecht doch auch nur aus Größe, schlecht nur aus der Machtfülle des Herrschers.

Mit diesem prächtigen seines psychologischen Monolog schließt der 2. Akt. Hatte der erste Akt nur sonnige Heiterkeit und echten Humor ausgestrahlt, so brachte der zweite bereits die tiefere Bedeutung der Dichtung und entschied schon für den überaus großen Erfolg. Zu ungeahnt dramatischer Wirkung aber erhebt sich der 3. Akt. Auch das Volk soll das Zauberkleid sehen, daß sich entscheide, wer schlecht oder dumm. Mit dem nicht vorhandenen Kleide angethan, zieht der König im Festzuge durch die volksersfüllten Straßen — und alles Volk sieht das Kleid. Nur zanken sich die Parteien, ob es roth

sei oder blau — bereits hat eine Kartellpartei sich für grün entschieden. Da kommt Rita, des Körbchenters Habakuk holdseliges Töchterlein des Wegs daher. Sie sieht den kleiderlosen König und ruft überrascht: „Der König hat nichts an!“ Und mit Donnergebraus pflanzt der Ruf sich durch das Volk fort: „Der König hat nichts an!“ Doch der König befiehlt bei Todesstrafe, man solle das Kleid sehen. Alles fügt sich, nur Rita nicht und ruhig erwideret sie:

Du brauchst Dich drob nicht zu erobern,
Du bleibst ein König auch in Unterhosen.

Der König will sie zum Tode führen lassen, da springt Omar vor und ruft dem König zu, es sei wirklich kein Kleid da. Nur Knechtssinn, Überhebung und falsche Scham habe den Glauben an das Kleid gewoben. Nicht der König habe sein Volk gewogen, sondern Omar den König.

Diese Schlusszenen sind von ergreifender dramatischer Gewalt. Aus dem schlichten Märchenbild entwickelt sich ein bedeutames Weltgemälde. Die Überhebung des Königs und den Sturz aus der Herrscherwahnheit in das Nichts zeigte Cain in einer grandiosen Leistung. Der Schlußakt, an schönen Szenen reich, aber in seinem Gefüge und seinen Motiven nicht so kralltrein wie die ersten Akte bringt die Läuterung des Herrschers. Alles, worauf er sich gestützt, ist zerborsten, Alles, was sein Gottesgnadenthum für unfehlbar gehalten, ist zerstört — der Muth zur Wahrheit, das ist der wahre Talisman, richtet ihn wieder auf.

So schließt versöhrend die schöne Dichtung, die ich in knappen Zügen hier skizziert habe. Aber der Zauber dieser quellsfrischen Poesie, der Hauch ihres Humors und ihr sonniger Glanz läßt sich nur rühmen, nicht schildern. Fulda ist mit dieser Dichtung in die erste Reihe unserer Dichter getreten

vativen mit sauerlischen Mienen ja dazu sagen müssten. Hätten gestellt worden. In Hamburg ist kein Cholerafall vorge- gesagt, so wäre ihr keckes Husarenstück vor aller Welt aufgedeckt gewesen und der sadenscheinige Abstimmungserfolg in eine moralische Niederlage umgeschlagen. Mit 197 gegen 68 Stimmen ging der Antrag Friedberg durch, und die Verhandlung musste abgebrochen werden; sie wird voraussichtlich nächsten Mittwoch fortgehen. Das Pikanteste an der hübschen Episode ist, daß gerade die Konservativen, und noch dazu zu ihrem eigenen Schaden, gezwungen werden konnten, den kostbaren Artikel 60 der Verfassung als den Ausdruck eines starken parlamentarischen Machtgefühls anzuwenden.

Der Bundestag stimmte in seiner am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der Novelle für Elsaß-Lothringen über die Depositen-Verwaltung, dem Entwurf für Elsaß-Lothringen über die Errichtung von Spar- und Darlehenstassen und dem Entwurf über die Geltung des Gerichtsverfassungsgesetzes in Helgoland bei.

Der offiziöse Draht hat vorgestern Abend die Meldung verbreitet, der deutlich-patriotische Verein in Glogau habe einstimmig beschlossen, die Erklärung eines sog. patriotischen Vereins zu Frankfurt a. M. zu Gunsten der Militärvorlage ganz und voll zu den seinigen zu machen. Wie wir dem Glogauer "Niederschl. Anz." entnehmen, beläuft sich die Zahl der Patrioten, welche diesen Beschluss einstimmig gefasst haben, den Kellner eingegangen, auf 10. Diese Beinhmännerversammlung, an deren Spitze der Major a. D., Gymnasiallehrer Dr. Mewes steht, hatte gleich beschlossen, ihren Beschluss in der "Schles. Btg.", der "Nordd. Allg. Btg.", der "Köln. Btg.", sowie durch das Wollssche Telegraphen-Bureau zu veröffentlichen. Daher der Lärm.

Wie die "Bib. Kor." erfährt, wird die württembergische Regierung die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Frhrn. v. Münch ablehnen, da es sich nicht um ein Strafverfahren, sondern nur um die Vollstreckung eines rechts-gültigen Strafurtheils handelt.

Der Rest der noch in Deutschland befindlichen Mannschaft der südwestafrikanischen Schutzztruppe ist jetzt eingekleidet worden. Der Transport verläuft unter Führung des Hauptmanns Fischer am 13. Februar Abends Berlin und reist am 15. Februar von Cuxhaven ab. Die Vermehrung der Schutztruppe beträgt drei Offiziere, 196 Unteroffiziere und 4 Lazarettgebilten.

Der Rechtsanwalt Hertwig sieht sich endlich veranlaßt, in der Spielschuldfrage eine sehr auf Schrauben gestellte Erklärung in der "Staatsb. Btg." zu veröffentlichen. Die "Bresl. Btg." hatte behauptet, daß Hertwig in Breslau beim Glückspiel von einem der Mitspielenden 100 Mark entstehen und zwar einen Theil dieser Summe während des Spiels, den andern Theil erst bei seinem Weggang aus der Gesellschaft. Dem steht nun Hertwig den Einwand entgegen, daß er niemals die fragliche Schuld ganz oder theilweise anerkannt habe, da nicht er, sondern ein Anderer dafür haftbar war. Wenn dies wahr wäre, hätte doch, meint die "Bresl. Btg.", Hertwig es einfach auf die Klage ankommen lassen können. Statt dessen hat er nach der "Bresl. Btg." den Einwand gemacht, daß ein Theil dieser Schuld als Spielschuld nicht einklagbar sei. Dieser letzteren Behauptung der "Bresl. Btg." hat Hertwig auch jetzt keinerlei Entgegensetzung Selham, daß überhaupt von früheren Verdiensten Hertwigs um das Gemeinwesen vor dessen Auftreten im Ahlwardt-Prozeß außer dieser Spielschulden geschichte nicht das Mindeste bekannt geworden ist.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 9. Februar. In parlamentarischen Kreisen wird bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeiten der Militärrkommission und der Staatsberatung angenommen, daß die zweite Beratung der Militärvorlage im Plenum erst nach Österreich stattfinden kann.

Berlin, 9. Februar. Die Budgetkommision des Reichstages segte heute die Beratung des Militärrates fort. Es wurde darüber diskutirt, ob für die weiteren Kasernenbauten in grohem Maße leichter Massivbau oder Barackenbau gewählt werden solle. Der Abg. Dr. Buhl regt dabei auch an, ob die Wellblechbaracken in den westlichen Grenzbezirken wegen der großen Temperaturschwankungen für längere Dauer benutzt werden können. Die Heeresverwaltung sagt, daß diese Nebelstände durch bessere Heizung großenteils behoben seien, und die Wellblechbaracken seien überall da beizubehalten, wo man auf Transportabilität der Baracken Wert legen müsse. Auf eine Anfrage des Prinzen Arenberg (Btr.) antwortet die Heeresverwaltung, daß für Pferde die Versuche noch nicht abgeschlossen seien, dieselben sollen in neuerster Zeit aber günstige Resultate ergeben haben. Wo es sich um dauernde Kasernements handelt, werde man die Wellblechbaracken durch solide Bauten ersetzen müssen. Eine Reihe von Forderungen für Kasernenbauten wird darauf bewilligt. Die Forderung von 366 513 Mark als letzte Rate für den Neubau einer Trainkasern in Breslau, wird (wie schon mitgetheilt) vorläufig aus formellen Gründen abgelehnt; ebenso werden für Düsseldorf 100 000 Mark für Gründungsarbeiten zu einem Dienstgebäude für das Bezirks-Kommando abgelehnt. Für Breslau wird die erste Baurate für eine Kaserne (600 000 Mark) abgelehnt. Auch für Breslau werden geforderte 300 000 M. als 1. Baurate für eine zweite Kaserne abgelehnt und ebenfalls für Breslau zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Bezirkskommando die erste Baurate statt der geforderten 100 000 M. nur in Höhe von 70 000 M. bewilligt. Boll bewilligt werden die Titel 32 Artilleriekaserne Gumbinnen, 33 Artilleriekaserne ebendorf, 34 Artilleriekaserne Gnesen, 35 Artilleriekaserne Stettin, 36 Artilleriekaserne Gütersloh, 37 Artilleriekaserne Magdeburg, 38 Artilleriekaserne Magdeburg, 41 Ausbau der Strafanstalt in Breslau, 42 Intendantur-Dienstgebäude Berlin, 43 Artilleriekaserne Kleinwitz, 44 Artilleriekaserne Düsseldorf, 46 Artilleriekaserne Münster.

Berlin, 9. Februar. Die Geschäftsordnungskommision des Reichstags beschloß heute einstimmig, die Genehmigung zur Strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Bankdirektors North aus Straßburg i. E. wegen betrügerischer Handlungen zu empfehlen.

Telegraphische Nachrichten.

Halle a. S., 9. Februar. Gestern sind in der Irrenanstalt zu Niedleben zwei Todesfälle und drei choleraverdächtige Erkrankungen vorgekommen.

Hamburg, 9. Februar. Wie aus Altona gemeldet wird, ist bei zwei am 28. Januar resp. 3. Februar erkrankten Personen nach ihrem am 8. d. M. erfolgten Tode Cholera fest-

gestellt worden. In Hamburg ist kein Cholerafall vorgekommen.

Bremen, 8. Februar. Der "Norddeutsche Lloyd" hat beschlossen, wegen des Wiederauf trebens des gelben Fiebers in Santos seine Dampfer daselbst nicht anlaufen zu lassen. Die Ladungen für Santos werden durch Küstendampfer von Rio de Janeiro aus weiterbefördert.

Leipzig, 9. Februar. Als Urheber der in vergangener Nacht im Schäferschen Restaurant durch Entzündung einer Rakete entstandenen Feuersbrunst ist ein hiesiger Weinhandler ermittelt und verhaftet worden.

Wien, 9. Februar. Infolge der Eisstözbewegung und des Thauwetters sind mehrere niederösterreichische Ortschaften überschwemmt; die Einwohner haben größtentheils ihre Wohnungen räumen müssen. Die Stadt Poeschlarn ist stark gefährdet. Wegen des Nährückens der Eisbewegungen sind in Wien Rettungsvorkehrungen vorgenommen.

Prag, 9. Februar. Der Reichsraths- und Landtagsabgeordnete Trojan, einer der Führer der jungtschechischen Partei, ist heute Mittag im hohen Alter gestorben.

Bpest, 9. Februar. Heute haben 1177 Arbeiter in der ungarischen Waffenfabrik die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik ist somit beendet. Die noch ausständigen Arbeiter sind entlassen worden.

Biestal, 9. Februar. Das Obergericht von Basel-Land hat in dem Prozeß gegen die Zura-Simplon Eisenbahn wegen des Mönchensteiner Eisenbahnglücks ebenfalls die Frage der groben Fahrlässigkeit bejaht.

Rom, 8. Februar. In Campolioto (District Campobasso) sind heute Vormittag mehrere schlecht gebaute Häuser eingestürzt. Soweit bis jetzt bekannt, sind 13 Personen dabei umgekommen und 14 Personen verletzt.

Christiania, 9. Februar. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen beträgt die Zahl der während des Sturmes bei den Lofoten verunglückten Fischer 123. Es ist ein Aufruf zur Unterstützung der hinterbliebenen der Verunglückten erlassen.

Paris, 9. Februar. Das heute Nachmittag in dem Panama-Prozeß verkündete Urteil lautet auf 5 Jahre Gefängnis und je 3000 Frs. Geldbuße gegen Ferdinand und Charles von Veseps, auf 2 Jahre Gefängnis und je 3000 Frs. Geldbuße gegen Fontane und Cottu wegen betrügerischer Handlungen und Vertrauensmissbrauchs; gegen Eiffel auf 2 Jahre Gefängnis und 20 000 Frs. wegen Vertrauensmissbrauchs.

Paris, 8. Februar. Das Gericht von der Demission des gesamten Kabinetts oder eines Ministers wird offiziell dementirt. Es heißt jedoch, die Regierung denke daran, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um von der Kammer einen weniger unklaren Ausdruck ihrer Gesinnungen ihr gegenüber zu erhalten.

Paris, 8. Februar. [Deputirtenkammer.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Deputirte Richard den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, an Reinachs Nachsch. die Summe zurückzuzahlen, die Reinach an Rouvier für die geheimen Fonds bezahlt habe. Richard beantragte für seinen Antrag die Dringlichkeit, dieselbe wurde mit 232 gegen 176 Stimmen angenommen, die sofortige Beratung jedoch abgelehnt. — Die Kammer nahm hierauf die Beratung des Postetats wieder auf. — In den Wandelgängen heißt es, Bourgeois habe in Folge der Annahme der Tagesordnung Cabanac die Absicht geäußert, seine Entlassung zu geben, sei jedoch auf Bitten seiner Freunde davon zurückgekommen.

Marseille, 9. Februar. Bezuglich der Ursache der jüngst hier vorgekommenen als choleraverdächtig gemeldeten Todesfälle herrscht unter den hiesigen Aerzten keine Uebereinstimmung.

Einige weisen darauf hin, daß die Todesfälle lediglich in der ärmeren Classe der Bevölkerung aufgetreten sind, und bezeichnen

dieselbe als Folge von Influenza, welche sich auf die inneren Organe geworfen habe. Cholerabazillen sind in den Defektionen der Kranken nicht entdeckt. Die Gesamtzahl der bisher vor-

gefundenen Todesfälle beträgt 9. Gestern wurden drei Er-

krankungen gemeldet.

London, 9. Februar. Das "Reutersche Bureau" meldet aus Honolulu vom 1. Februar: Heute erklärte der Gesandte der Vereinigten Staaten von Nordamerika auf Ersuchen der provisorischen Regierung das provisorische amerikanische Protektorat über die Inseln und ließ auf dem Regierungsgebäude die Flagge der Vereinigten Staaten, auf den übrigen öffentlichen Gebäuden jedoch, sowie auf den Schiffen die hawaiische Flagge hissen. Eine Proklamation des amerikanischen Gesandten besagt, der Zweck seines Vorgehens sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, übrigens aber den Ausgang der Verhandlungen in Washington zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und dem hawaiischen Abgesandten abzuwarten. Es herrscht vollkommene Ruhe.

London, 9. Februar. Nach einer weiteren Meldung des "Reuter'schen Bureau" aus Honolulu hat der dortige englische Ministerresident bereits am 19. d. M. die provisorische Regierung bis zum Eintreffen von näheren Instruktionen aus London anerkannt.

London, 9. Februar. Dem "Reuter'schen Bureau" wird aus Buenos Ayres von heute gemeldet, daß Eskalante das Portefeuille der Finanzen angenommen habe und die ihm zugeschriebene Absicht, die Zinsenzahlung auf fünf Jahre einzustellen, entschieden zurückweise. Die Staatseinkünfte ließen regelmäßig ein, das Schatzamt habe gegenwärtig einen großen Baubarstand. — Die auffällische Bewegung in der Provinz Santa Fé sei in der Abnahme begriffen.

London, 9. Februar. Nach einer Meldung aus Alexandrien von heute ist anlässlich der Karnevalsfestlichkeiten der Posten in Labane, welcher vor einiger Zeit verlassen worden war, vorstichts-halber wieder von englischen Truppen besetzt worden. — Der englische Kreuzer "Amphion" ist gestern in Alexandrien eingetroffen.

Konstantinopel, 8. Februar. In Mustaphapasha ist die 48 stündige Quarantäne wieder eingeführt worden.

Handel und Verkehr.

** Posener Provinzial - Altien - Bauk. Der Aufsichtsrath beschloß der demnächst stattfindenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 4½ p.C. (gegen 5½ p.C. im Vorjahr) vorzuschlagen.

** Köln, 9. Februar. Bei der heutigen Verdingung der rechts-rheinischen Eisenbahn war die Mindestforderung für 1100 Tonnen Stabeisen die "Gute - Hoffnung - Hütte" mit 113 M. in Schweißen und 106 M. in Flussteinen frei Werkstätte; für 435 Tonnen Rost - Stabeisen war Mindestfordernder der Höder - Verein mit 89 Mark.

** Wien, 8. Februar. Dem "Fremdenblatt" zufolge sind mehr als 90 p.C. der österreichischen und mehr als 90 p.C. der ungarschen Konversionswerthe zum Umtausch gelangt.

** Bradford, 9. Februar. Wolle fest und belebt; Merino-Wolle jedoch matt; Garne ruhig, aber fest; Spinner beschäftigt, Stoffe ruhig; einige Aufträge für Südamerika und China liegen vor.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1893.

Datum S t u n d e	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind. W i n d.	Wetter. Wetter.	Temperatur. Temp.
9. Nachm. 2	746,0	W mäßig	bedeut	+ 1,5
9. Abends 9	749,8	SW schwach	bedeut	+ 0,7
10. Morgs. 7	741,7	S stark	bedeut	+ 1,2

) Vormittags öfter Schnee und Regen.

Am 9. Februar. Wärme-Maximum + 2,0° Cel.

Am 9. - Wärme-Minimum + 0,4° -

Produkten- und Börsenberichte.

Kondskurse.

Breslau, 9. Februar. (Schlußkurse.) Fest.

Neue Proz. Reichsanleihe 87,20, 3½ proz. L.-Bundbr. 98,55, Konf. Türk. 21,90, Türk. Loos 93,75, 4proz. ung. Goldrente 96,60, Bresl. Diskontobank 96,65, Breslauer Wechslerbank 96,25, Kreditaktien 174,75, Schles. Bankverein 114,25, Donnersmarchhütte 87,25, Altb. Machtnebenbau —, Katowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 114,50, Oberschles. Eisenbahn 50,70, Oberchles. Wartland-Zement 72,25, Schles. Cement 126,00, Oppeln-Zement 92,00, Schles. D. Cement —, Krakow 134,80, Schles. Binfatti 176,50, Laurahütte 97,25, Verein. Delfab. 90,50, Österreich. Banknoten 168,80, Russ. Banknoten 210,75, Giebel-Cement 78,25, 4proz. Ungarische Kronenrente 93,65.

Frankfurt a. M., 9. Februar. (Schlußkurse.) Fest.

London. Wechsel 20,41, 3proz. Reichsanleihe 87,10, österr. Silberrente 82,80, 4½ proz. Papierrente 83,20, do. 4proz. Goldrente 98,90, 1860er Loos 127,90, 4proz. ung. Goldrente 96,70, Italiener 92,30, 1880er Russen —, 3. Orientali. 68,10, unif. Egypter 100,10, tond. Türk. 21,95, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 20,90, 5proz. serb. Rente 79,50, 5proz. amort. Rumäniens 98,80, 6proz. Konf. 79,70, Böh. Westbahn 308, Böh. Nordb. 160, Franzosen —, Galizier —, Gotthardbahn 151,30, Lombarden 81½, Lübeck-Büchen 139,50, Nordwestbahn —, Kreditaktien 271,25, Darmstädter 134,50, Mittelb. Kredit 98,00, Reichsb. 150,20, Dist. Kommandit 185,10, Dresden. Bank 142,00, Varier. Wechsel 81,25, Wiener Wechsel 168,55, serbische Tabakrente 79,00, Bochum. Gußstahl 126,10, Dortmund. Union 60,60, Harpener Bergwerk 133,90, Hibernia 114,30, 4proz. Spanier 61,50, Mainzer 111,10, Berliner Handelsgesellschaft 141,00, Kronenrente 93,70.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 272, Dist.-Kommandit 185,20, Laurahütte —.

Wien, 9. Februar. (Schlußkurse.) Auf großen Konversionserfolg Renten lebhaft, anderes vernachlässigt, schließlich auf Berlin fest.

Oester. 4½ proz. Papier. 98,87, do. 5proz. —, do. Silberrente 98,50, do. Goldrente 117,40, 4proz. ung. Goldrente 114,85, 5proz. do. Papier. —, Länderbank 237,70, österr. Kreditakt. 323,65, ungar. Kreditaktien 876,50, Wien. Bl.-B. 119,80, Ebenthalbahn 233,00, Galizier 219,75, Lemberg-Czernowitz 259,50, Lombarden 94,50, Nordwestbahn 216,50, Tabaksaft 174,25, Napoleons 9,62, Marknoten 59,25, Russ. Banknoten 1,24, Silbercoupons 100,00, Bulgarsche Anleihe 113,25.

Oester. Kronenrente 95,52, Ungar. Kronenrente 94,45.

Paris, 9. Februar. (Schlußkurse.) Behauptet. 3prozentige amort. Rente 98,50, 3proz. Rente 98,00, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 91,50, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96,06, 3. Orientali. 69,20

Hamburg. 9. Febr. Budermarkt. Schlussbericht. Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 vCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg vor Febr. 14,32%, vor März 14,32%, vor Mai 14,45, vor Sept. 14,32%. Matt.

Pest. 9. Febr. Produktenmarkt. Weizen fest, vor Frühjahr 7,52 Gd., 7,53 Br., vor Herbst 7,64 Gd., 7,65 Br. Hafer vor Frühjahr 5,52 Gd., 5,54 Br. Mais vor Mai-Juni 4,76 Gd., 4,77 Br. Kohlraps vor August-Sept. 11,45 Gd., 11,55 Br. - Wölber.

Paris. 9. Februar Getreidemarkt. (Schluss.) Weizen fest, p. Febr. 21,60, p. März 21,90, p. März-Juni 22,20, p. Mai-August 22,50. - Roggen ruhig, vor Febr. 13,70, vor Mai-August 14,50. - Mehl fest, vor Febr. 48,70, vor März 48,70, p. März-Juni 48,70, vor Mai-August 49,25. - Rübbel fest, vor Februar 58,00, vor März 58,50, vor März-Juni 59,00, vor Mai-August 59,75. - Spiritus fest, vor Febr. 47,50, vor März 47,50, vor März-April 47,50, vor Mai-August 47,75. - Wetter Melde.

Paris. 9. Februar Schluss. Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 38,50 a. - Weizen Buder matt, Nr. 3, vor 100 Kilo gr. per Febr. 40,62%, p. März 40,75, vor März-Juni 41,12%, p. Mai-August 41,62%.

Havre. 9. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Kilo 7,000 Sac, Santos 14,000 Sac Rezettes für gestern.

Havre. 9. Febr. Telegr. der Hamb. Firma Beimann Ziegler u. Co.), Kaffee good average Santos, p. Febr. 105,00, p. März 105,00, vor Mai 103,75. Ruhig.

Amsterdam. 9. Febr. Jaba-Kaffee good ordinary 56%.

Amsterdam. 9. Febr. Vancazium 55%.

Amsterdam. 9. Febr. Getreidemarkt. Weizen vor März 175, vor Mai 177. - Roggen p. März 130, vor Mai 129.

Antwerpen. 9. Febr. Petroleummarkt (Schlussbericht.) Raf-fintres Type metz loko 12% bez. und Br. vor Febr. 12% Br., p. März-April 12% Br., vor Sept.-Dez. 12% Br. Ruhig.

Antwerpen. 9. Febr. (Telegr. der Herren Wiltens und Co.) Wolle. La Blata-Zug, Type B., Februar -, März 4,45, Juni 4,55 Käufer, August -.

Antwerpen. 9. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen unverändert. Hader behauptet. Gerste unbelebt.

London. 9. Febr. 96 vCt. Tabazuker loko 16%, stetig, Rohzucker loko 14% matt.

London. 9. Febr. Chilli-Kupfer 45%, vor 3 Monat 46%.

London. 9. Febr. An der Lüfte 5 Weizenabungen angeboten.

- Wetter: kalt.

Glasgow. 9. Febr. Robeisen (Schluss.) Mixed numbers variants 46 lb. 6 d. Käufer, 47 lb. Verkäufer.

Liverpool. 9. Febr. (Offizielle Notrungen.) Amerikaner good ordinary 4%, do. low middle 5%, Amerikaner middling 5, middle fair 5%, Bernam fair 5%, do. good fair 5%, Ceara fair 5%, do. good fair 5%, Egyptian brown fair 5%, fair 5%, do. good 5%, do. smooth fair 5%, do. do. good fair 5%, do. do. good 5%, do. fine 4%, Dholera good 4%, do. fully good 4%, do. fine 4%, Scinde good fair - , do. good 4%, Bengal fully good 4%, do. fine 4%.

Liverpool. 9. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Mtn. Baumwolle Umjahr 6,000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 B.

Träg. Amerikaner und Brasilianer 1/8 niedriger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 42%, Käuferpreis, März-April -, April-May 45%, do. Mai-Juni -, Juni-Juli 45%, do. Juli-August -, August-Sept. 45%, Sept.-Okt. - . Berth.

Liverpool. 8. Febr. Nachm. 4 Uhr 10 Mtn. Baumwolle. Umjahr 6,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Febr.-März 45%, Käuferpreis,

März-April 45%, do. April-May 45%, do. Mai-Juni 45%, do. Juni-Juli 45%, Käuferpreis, Juli-August 55%, Käuferpreis, Aug.-Sept. 45%, do. Sept.-Okt. 45%, do.

Newyork. 8. Febr. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9%, do. in New-Orleans 9%, Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rohes Petroleum in New-York 5,35, do. Petroleum Certificates, pr. März 54%. Stetig. Schmalz loko 12,25, do. Rohr. Brothers 12,60. Buder (Fair refining Muscovad.) 3%, Mais (New) p. Febr. 52%, p. März 52%, p. Mai 52%. Rother Winterweizen (oko 81%) Kaffee Kilo Nr. 1, 18%. Mehl (Spring clear) 2,90. Getreidefracht 1%, Kupfer 12,00-12,25. Rother Weizen p. Febr. 78%, vor März 79%, vor Mai 81%, vor Juli 82%. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 17,55, p. Mai 17,05.

Chicago. 8. Febr. Weizen vor Februar 74%, vor Mai 78%, Mais vor Februar 43. Spec short clear --. Worf vor Februar 19,05.

Newyork. 9. Febr. Weizen vor Februar 78%, ir. März 79%, C.

Berlin. 10. Febr. Wetter: Nasskalt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 9. Febr. Die heutige Börse eröffnete und verließ im Wesentlichen in recht fester Haltung und wurde in dieser Beziehung durch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen und andere in demselben Sinne wirkende auswärtige Nachrichten bestimmt. - Die Kurse setzten auf spekulativem Gebiet schon höher ein und konnten sich bei ziemlich regem Verkehr auch weiterhin noch etwas bessern. Das Geschäft gewann auch allgemein in den Kassawerten größere Ausdehnung. Gegen Schluss der Börse gestaltete sich der Verkehr etwas ruhiger und auf einigen Gebieten trat eine kleine Abschwächung der Haltung her vor. - Der Kapitalsmarkt wies unverändert feste Haltung für heimische solide Anlagen auf bei normalen Umläufen; Deutsche Reichs- und Preußische Konsohdite Anleihen behauptet, nur 3 Proz. unbedeutend abgesunken. - Fremde, festen Zins tragende Papiere hatten bei gleichfalls fester Gesamtthalung mäßige Umsätze für sich. Italiener, Russische Anleihen und Noten, Ungarische 4 Proz. Gold-Rente etwas besser und lebhafter; ungarische vierproz. Kronen-Rente 93,70-93,80. - Der Privatdiskont wurde mit 1% Proz. notrt. - Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditanstalten zu etwas höherer Notiz mit ungewöhnlichen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Lombarden und Bischtehader etwas besser, andere österreichische Bahnen fest, aber ruhig. Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen schwächer. - Inländische Eisenbahntickets waren gleichfalls fest; Lübeck-Büchen unter kleinen Schwankungen mehr gehandelt, Marienburg-Mlawka und Ostpreußische Südbahn etwas besser. - Banknoten recht fest; die spekulativen Devisen steigend und belebt, namentlich Diskonto-Kommandit-Antheile und Aktien der Darmstädter und Dresdener Bank stark steigend. - Industriepapiere fest und zum Theil lebhafter; Montanwerthe ziemlich belebt und durchschnittlich etwas höher, aber schlechtlich in Eisenbahntickets etwas abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin. 9. Febr. Die Weizenbörsie in Newyork verkehrte gestern in schwacher Haltung. Am hiesigen Getreidemarkt war das Geschäft heute äußerst beschränkt. Weizen war indeß fest behauptet, Roggen stellte sich eine halbe Mark besser. Hafer eröffnete in schwacher Haltung, verbesserte sich dann aber bis um 1/2 Mark gegen den gestrigen Schlusswert. Roggen nimmt ein in fester Haltung, aber wenig umgesetzt. Rüböl bei stillen Geschäft etwas fester. In Spiritus war die Loko zu sehr stark. Ein Theil derselben wurde von den bekannten Käufern aufgenommen, für den Rest zeigte sich aber bei dem fehlenden Report nur geringe Kauflust und blieb ein Theil unverkauft. Die Preise böhmen 20-30 Pf. ein. Termine waren still und in schwacher Haltung.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilo gr. Loko still. Termine fest. - Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 140-158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M., per diesen Monat - , vor März-April - , vor April-May 154,75-155,5 bez., vor Mai-Juni 156-156,5 bez., vor Juni-Juli 157,25-157,75 bez., vor Juli-August - . Roggen per 1000 Kilo gr. wenig Umlauf. Termine höher. Gef. 100 To. Kündigungspreis 136,25 M. Loko 125-137 M. nach Qual. Lieferungsqualität 133 M., inländischer guter 134-135,5 M., per diesen Monat 136-136,25 bez., vor Februar-März 136-136,25 bez., vor März-April - , vor April-May 138,75-139 bez., vor Mai-Juni 139,5-139,75 bez., vor Juli-August - .

Roggen per 1000 Kilo gr. wenig Umlauf. Termine höher. Gef. 100 To. Kündigungspreis 136,25 M. Loko 125-137 M. nach Qual. Lieferungsqualität 133 M., inländischer guter 134-135,5 M., per diesen Monat 136-136,25 bez., vor Februar-März 136-136,25 bez., vor März-April - , vor April-May 138,75-139 bez., vor Mai-Juni 139,5-139,75 bez., vor Juli-August - .

Gerste vor 1000 Kilo gr. Ruhig. Größe und kleine 138-175, Futtergerste 115-135 M. nach Qualität. Hafer per 1000 Kilo gr. Ruhig. Termine höher. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 135 bis 158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 141 M. Bomm. mittel bis guter 139-143 bez., feiner 144-149 bez., preußischer mittel bis guter 139-143, feiner 144-149 bez., schlesischer mittel bis guter 140-144 bez., feiner 145-150 bez., per diesen Monat - M., vor Februar-März - , vor April-May 141,5-143 bez., vor Mai-Juni 143,25 M., vor Juni-Juli 143,5 M.

Mais vor 1000 Kilo gr. Ruhig. Termine still. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis - M. Loko 125-136 M. nach Qual. Lieferungsqualität 133 M., per diesen Monat 136-136,25 bez., vor Februar-März 136-136,25 bez., vor März-April - , vor April-May 138,75-139 bez., vor Mai-Juni 139,5-139,75 bez., vor Juli-August - .

Wheat per 1000 Kilo gr. Ruhig. Termine still. Gefündigt - Tonnen. Kündigungspreis 136,25 M. Loko 125-136 M. nach Qual. Lieferungsqualität 133 M., per diesen Monat 136-136,25 bez., vor Februar-März 136-136,25 bez., vor März-April - , vor April-May 138,75-139 bez., vor Mai-Juni 139,5-139,75 bez., vor Juli-August - .

Erbse p. 1000 Kilo gr. Kochmaare 160-205 M. nach Qual. Futterware 135-148 M. nach Qualität. Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sac. Termine fester. Gefündigt - Sac. Kündigungspreis - M. per diesen Monat und vor Febr.-März 18,2-18,25 bez., vor April-May 18,3-18,35 bez., vor Mai-Juni 18,4-18,45 bez., vor Juni-Juli 18,5-18,55 bez.

Getreidekartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. per diesen Monat 18,75 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. per diesen Monat 10,30 M. Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto inkl. Sac. per diesen Monat 18,75 M.

Rüböl p. 100 Kilo gr. mit Fas. Wenig verändert. Gefündigt - Btr. Kündigungspr. - M. Loko mit Fas. - M. ohne Fas. - M. vor diesen Monat 53 M., vor April-May 53,1-53 bez., vor Mai-Juni - , vor Sept.-Okt. 53,3-53 bez.

Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 Kilo mit Fas. in Posten von 100 Btr. Termine - . Gefündigt - Kilo gr. Kündigungspreis - M. Loko - M. per diesen Monat - M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Liter. Kündigungspreis - . Loko ohne Fas. 52,9 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - Liter. Kündigungspreis - . Loko ohne Fas. 33,5-33,4 bez., vor die Monat - . Durchschnittspreis - M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10,000 Proz. nach Tralles. Gefündigt - . Kündigungspreis - M. Loko mit Fas. - bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gefündigt - Liter. Kündigungspr. - M. Loko mit Fas. - , per diesen Monat 32,4 bez., vor Februar-März - bez., vor März-April - , per April-May 33,3-33,2-33,3 bez., vor Mai-Juni 33,6 bez., vor Juni-Juli - bez., vor Juli-August - , vor August-Sept. 35 bez.

Weizenmehl Nr. 00 22,50-20,50 bez., Nr. 0 20,25-18,00 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25-17,50 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 19,25-18,25 bez., Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 p. 100 Kilo gr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4½ M. 100 Rub. ■ 320 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. 4 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 France oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 P.

Bank-Diskonto Wechsel v. 9. Febr.	Brnsch. 20T.L. — 105,60 B.	Cöln-M. Pr.-A. 3½ — 134,50 bzG.	Schw. Hyp.-Pf. 4½ — 103,00 B.	Wrsch.-Teres. 5 — 191,60 bz	Baltische gar... 5 — 99,50 bzG.	Pr.Hyp.-B.I.(rz.120) 4½ — 102,00 bzG.	Bauges. Humb... 6 — 126,70 B.
Amsterdam... 2½/3 8 T. 169,35 bz	Dess. Präm.-A. 3½ — 80,00 bzG.	do. Rente 5 — 87,50 G.	do. Rente, Gr. Russ. Eis.g 3 — 93,00 bzG.	Ivang.-Dombr. 4½ — 101,10 G.	do. div.Ser.(rz.100) 4½ — 102,00 bzG.	Moabit 8 — 132,50 G.	
London 3½/3 8 T. 20,41 bz	do. neue 85 5 — 79,75 bzG.	do. neue 85 5 — 102,70 G.	do. Russ. Eis.g 3 — 93,70 bzG.	do. (rz.100) 3½ — 97,50 bzG.	Passage 3½/3 — 65,80 bz	Passage 3½/3 — 65,80 bz	
Paris... 2½/3 8 T. 81,20 bzG.	Lub. / 50 T.-L. 3½ — 137,00 B.	do. St.-Anl.86 4 — 99,75 bz	do. Russ. Eis.g 3 — 94,10 bz	U. d. Linden... 0 — 10,00 bz	U. d. Linden... 0 — 10,00 bz	U. d. Linden... 0 — 10,00 bz	
Wien 4 8 T. 168,65 bz	Mein. 7 Guld-L. 3 — 28,80 bzG.	Span. Schuld. 4 — 64,60 G.	do. (rz.100) 3½ — 94,90 bz	Prs. Hyp.-Vers.-Cert. 4½ — 102			